



vhw

Die künftigen Aufgaben der Stadtgesellschaft

Interview mit drei der Initiatoren des „Bündnisses für eine Soziale Stadt“

Das letzte Jahr war geprägt von intensiven Diskussionen um die Städtebauförderung und um die Zukunft des Programms Soziale Stadt. Die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Städtetag und der Deutsche Mieterbund gehören zu den Initiatoren des „Bündnisses für eine Soziale Stadt“, das anlässlich der Preisverleihung im Wettbewerb „Preis Soziale Stadt 2010“ am 13. Januar 2011 ausgerufen wurde. Inzwischen ist es amtlich: Die Städtebauförderung wird für das Jahr 2012 auf 455 Mio. Euro wie 2011 festgelegt. Das jetzt neu bezeichnete Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ wird mit 40 Mio. Euro ausgestattet. Es wird keine Querfinanzierung zwischen den anderen Programmlinien und „Soziale Stadt“ oder dem neuen Programm „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“ geben, und die Förderung ist auf investive Maßnahmen beschränkt. Fünf Fragen an Brigitte Döcker (Arbeiterwohlfahrt), Folkert Kiepe (Deutscher Städtetag) und Lukas Siebenkotten (Deutscher Mieterbund) zu den künftigen Aufgaben in der Stadtgesellschaft



Brigitte Döcker, Mitglied des Vorstands Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., Berlin



Folkert Kiepe, Beigeordneter Dezernat Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Verkehr, Deutscher Städtetag, Köln



Lukas Siebenkotten, Bundesdirektor Deutscher Mieterbund e.V., Berlin

Frage 1: Wie beurteilen Sie – vor dem Hintergrund der Diskussionen im Laufe des letzten Jahres – das nun vorliegende Ergebnis für die Arbeit in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf?

Brigitte Döcker: Die Kürzungsabsichten sind nicht in dem Ausmaß umgesetzt worden, wie zwischenzeitlich geplant, trotzdem stehen weniger als 50% der Mittel zur Verfügung. Da kann man nicht zufrieden sein. Kritisch bleibt die Tatsache, dass diese Budgetentwicklung das „Soziale“ in der Sozialen Stadt im Sinne der Stärkung eines kommunalen Leitbildes ei-

ner Bürgergesellschaft eindeutig geschwächt hat – dieses obwohl die positive Wirkung des Programms durch die wissenschaftliche Begleitung nachgewiesen wurde. Auch die vielen Institutionen, Verbände und Personen, die sich für die Erhaltung des Programms eingesetzt haben, bestätigen dieses.

Folkert Kiepe: Zunächst einmal ist darauf hinzuweisen, dass die von der Bundesregierung zunächst geplante erneute Reduzierung der Städtebaufördermittel von 455 Mio. Euro im Jahr 2011 auf 410 Mio. Euro für das Jahr 2012 nicht zuletzt auf Grund der deutlichen Kritik des Deutschen Städtetages und seiner Mitgliedsstädte sowie vieler anderer, denen die Stadterneuerung und Stadtentwicklung am Herzen liegt – abgewendet werden konnte. Mit Blick auf die folgenden Jahre und die sicher nicht weniger und einfacher werdenden Herausforderungen vor allem in problematischen Stadtquartieren erwarten wir jedoch, dass die Städtebauförderung nunmehr auf deutlich höherem Niveau verstetigt wird. Entsprechend hat sich der Deutsche Städtetag – übrigens in voller Übereinstimmung mit der Bauministerkonferenz – nachdrücklich für eine Erhöhung der Städtebaufördermittel des Bundes auf insgesamt mindestens 535 Mio. Euro und der Mittel für das Teilprogramm „Soziale Stadt“ auf mindestens 90 Mio. Euro, also auf die Höhe des Verpflichtungsrahmens aus dem Jahr 2010, ausgesprochen. Angesichts der aktuellen Herausforderungen in der Stadtentwicklungspolitik und beim Klimaschutz benötigen die Städte dringend Planungssicherheit. Auch deshalb ist die Städtebauförderung als strategisches Instrument nachhaltiger Entwicklung in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf, dem zugleich ein hoher städtebaulicher, ökonomischer, ökologischer und sozialpolitischer Stellenwert zukommt, dauerhaft zu sichern.



Lukas Siebenkotten: Das ist sehr schlecht! Die Bundesregierung hat offensichtlich nicht verstehen wollen, wie wichtig gerade für benachteiligte Stadtteile die nichtinvestiven Maßnahmen waren und welche Bedeutung hier zum Beispiel soziale Quartiersarbeit hat. Politiker wie der Neuköllner Bezirksbürgermeister Buschkowski müssen schwer enttäuscht sein, wenn mühsam über Jahre Aufgebautes nicht weitergeführt wird.

Frage 2: Es gab in der Vergangenheit auch Kritik am Programm Soziale Stadt (etwa Patrick Döring, MdB: „Die Zeit von Bibliotheken für Mädchen mit Migrationshintergrund ist vorbei“). Wie ist dies einzuordnen, wenn man eine grobe Kosten-Nutzen-Analyse über den Zeitraum von über zehn Jahren zugrunde legt?

Brigitte Döcker: Das Programm „Soziale Stadt“ ist ein lernendes Programm. Die wissenschaftliche Begleitung und die Evaluierung haben eindeutig die Notwendigkeit und die Richtigkeit seiner grundsätzlichen Orientierung bestätigt. Dort, wo das Programm einsetzt, ist erkennbar etwas in Bewegung gekommen – insbesondere in der Kooperation der unterschiedlichen Ressorts, der Vernetzung, der Bewohnerbeteiligung oder des Quartiersmanagements. Zu dem Zitat oben möchte ich mich gar nicht äußern, das muss man nur auf sich wirken lassen.

Folkert Kiepe: Die Kritik von Herrn Döring und einigen wenigen Politikern am Programm „Soziale Stadt“ kann von uns weder nachvollzogen noch akzeptiert werden. Wir müssen vielmehr darauf hinweisen, dass die gerade von den Genannten betriebene Reduzierung der Bundesmittel in diesem Teilprogramm von ehemals über 90 Mio. Euro auf nunmehr 40 Mio. Euro, die Beseitigung von Modellvorhaben, der Ausschluss der Möglichkeit zur Umverteilung zugunsten dieses Programms sowie seine Beschränkung auf rein baulich-investive Maßnahmen die Bemühungen der Städte um soziale Stabilität in den Wohnquartieren erheblich gefährdet. Gerade die aktuelle Diskussion über Schwächen und Probleme der Integration der Bürger mit Migrationshintergrund müsste vielmehr Anlass sein, gerade das Programm „Soziale Stadt“, das wesentlich zur sozial-räumlichen Integration der Bewohner aus anderen Kulturen beiträgt, nicht zu beschneiden, sondern inhaltlich und finanziell zu stärken. Vor allem die Bündelung von Maßnahmen der baulichen Erneuerung, der Bildung, der Integration und der Arbeitsplatzschaffung hat sich doch als nachhaltiger Erfolgsfaktor erwiesen – das haben mehr als zehn Jahre erfolgreiches Arbeiten in den Quartieren der „Sozialen Stadt“ deutlich gezeigt. Viele Beispiele aus den Stadtteilen belegen in eindrucksvoller Weise, dass einer der wesentlichen Bestandteile integrierter Erneuerungsstrategien für schwierige Stadtteile, nämlich die Aktivierung der dort lebenden Bewohner sowie aller Akteure im Stadtteil, zu guten Ergebnissen geführt hat. So ist nicht nur eine Aufbruchstimmung in vielen Stadtteilen festzustellen, sondern es sind im Rahmen des Erneuerungsprozesses auch eine Vielzahl von wichtigen Projekten und Aktivitäten entstanden.

Lukas Siebenkotten: Der neue FDP-Generalsekretär scheint die besonderen Probleme von Stadtteilen mit hohem Migrantenanteil und dem Aufeinandertreffen bzw. sogar Aufeinanderprallen unterschiedlichster kultureller Vorstellungen und Lebensentwürfen verharmlosen zu wollen. Möglicherweise kennt er diese Probleme auch nicht wirklich. Zehn Jahre Soziale Stadt haben mit dazu beigetragen, dass es in Deutschland zwar in manchen Städten Problemstadtteile gibt, uns aber etwa die Probleme der französischen Banlieues erspart geblieben sind. Dafür bedarf es des langanhaltenden, geduldigen Einsatzes auch von Profis, die sich kleinteilig der besonders benachteiligten Gruppen, wie etwa Mädchen mit Migrationshintergrund, annehmen. Es steht zu hoffen, dass eine künftige Bundesregierung wieder auf den richtigen Pfad der letzten zehn Jahre einschwenkt.

Frage 3: Auch 2012 soll es wieder einen Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“ geben. An wen wird dieser sich richten, wenn etwa der ursprüngliche Ansatz des Programms, nämlich die Verknüpfung von investiven und nichtinvestiven Maßnahmen, nun nicht mehr möglich ist?

Brigitte Döcker: Die Zielsetzung, die mit dem Programm „Soziale Stadt“ verbunden war, ist heute aktueller denn je. Wir wollen mit der Weiterführung des Wettbewerbs alle Gruppierungen, Initiativen, Verbände, Unternehmen erreichen, die die sozial geprägte Stadt als Motto ihres Handelns haben. Menschen, die sich sichtbar engagieren, um Stadtentwicklung als Bestandteil einer sozialen Bürgergesellschaft voranzubringen, sollen zur Beteiligung am Wettbewerb ermuntert werden. Wir sehen den Wettbewerb weiterhin als Möglichkeit gute Beispiele bekannt zu machen und zu verbreiten.

Folkert Kiepe: Es ist richtig und gut, dass der Wettbewerb „Preis Soziale Stadt“ weitergeführt wird, denn die vielen bisher eingereichten Projekte haben deutlich gezeigt, wie Städte, Wohnungsunternehmen, Wohlfahrtsverbände, Bürgerinitiativen, Schulen und Vereine gemeinsam und vor allem mit viel Kreativität soziale Probleme meistern, Wohnquartiere beleben, die Integration fördern und auf diese Weise insgesamt für mehr Lebensqualität sorgen. Entsprechend werden auch künftig die Akteure zur Teilnahme am Wettbewerb aufgerufen, die mit ihrer erfolgreichen Arbeit in den benachteiligten Stadtteilen interessant für „Nachahmer“ sind. Dabei hat sich der Wettbewerb nie allein auf Projekte aus den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ beschränkt, sondern es standen stets Kernmerkmale wie ressortübergreifendes Handeln, ganzheitlicher Erneuerungsansatz auf der Grundlage eines integrierten Handlungskonzeptes, Bündelung der Ressourcen durch konzentrierten und prioritären Mitteleinsatz sowie Kombination und Integration investiver und investitionsbegleitender Maßnahmen zur Realisierung der integrierten Handlungsansätze im Vordergrund. Diese Ausrichtung des Wettbewerbs, die künftig auch beibehalten bleibt, bedeutet aber, dass die Anforderungen, die an die handelnden Institutionen



und Personen zu stellen sind, sehr viel umfangreicher und vielschichtiger geworden sind. Zur Umsetzung bedarf es vor allem eines Ansatzes, der über den der klassischen Städtebauförderung hinausgeht und bei dem eine Bündelung aller für eine Verbesserung der Quartiere vorhandenen Ressourcen und Programme insbesondere in den Bereichen Soziales, Beschäftigung, Wirtschaft, Verkehr sowie bauliche und städtebauliche Erneuerung erfolgt. Hier hat uns der Wettbewerb bisher schon viele gute Beispiele aufgezeigt und ich bin ganz sicher, dass dies auch künftig so sein wird.

Lukas Siebenkotten: Der Preis sollte sich an all diejenigen richten, die trotz ausbleibender staatlicher Förderung weitermachen, also zum Beispiel Kiezinitiativen, soziale Projektgruppen in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigem Durchschnittseinkommen, aber auch an Wohnungsunternehmen, die sich aus eigener Kraft der Entwicklung solcher Stadtteile annehmen. Auch Mieterinitiativen, die sich der Probleme mit „Heuschrecken“-Vermietern annehmen, sind als Preisträger denkbar.

Frage 4: Trotz der Einschränkungen in der Städtebau- und Quartiersförderung bleiben die Probleme in den Städten und Gemeinden bestehen. Wo sehen Sie die Schwerpunkte des Handelns für Politik und Verwaltung im Hinblick auf eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft?

Brigitte Döcker: Schwerpunkt allen Handelns müssen die Menschen in ihren Sozialbezügen sein vor allem da, wo sie zu Hause sind, wo sie wohnen. Hier brauchen besonders diejenigen die Aktivitäten vor Ort, die aufgrund von Alter, Gesundheitszustand, Familien- oder Wohnraumsituation sowie bzgl. ihrer Mobilität benachteiligt und besonders auf ihr direktes Wohnumfeld angewiesen sind! Wir benötigen armutsfeste Arbeitsverhältnisse, bezahlbaren Wohnraum, angemessene Gesundheitsangebote und vielfältige Teilhabemöglichkeiten im Sozialraum. Auf diese Ziele müssen sich Politik, Gesellschaft und Wirtschaft einvernehmlich verständigen und alles in ihren Kräften Stehende unternehmen.

Folkert Kiepe: Unsere Städte und Gemeinden unterliegen einem ständigen Wandel. Die Anforderungen, die sie als sozialer Raum, als Orte zum Wohnen, Arbeiten und Erholen, aber auch als Stätten des Handels und Gewerbes erfüllen müssen, haben sich im Laufe der Zeit geändert und werden sich auch weiterhin ändern. Dementsprechend sind die Kommunen einem fortwährenden Umbau unterworfen. Immer drängender stellt sich dabei die Frage, wie dem sozialen Auseinanderdriften der Lebenslagen der Menschen sowie der damit einhergehenden sozialen Entmischung ganzer Wohnquartiere begegnet werden kann. Politik und Verwaltung stehen dabei vor der Frage „Was ist zu tun, damit die Stadt als Ganzes, im Stadtteil wie in der Nachbarschaft zusammengehalten werden kann?“. Auch wird es vermehrt darum gehen, wie die Stabilisierung und Aufwertung schwieriger Stadtteile zu erreichen ist, um

soziale Brüche zu verhindern oder zumindest abzumildern. Nicht von den städtebaulichen Missständen, sondern von den Problemen und Chancen der Menschen her an die Aufgaben der Stadtentwicklung heranzugehen, ist das Grundanliegen. Dieses neue Denken ist längst noch nicht zum Allgemeingut geworden. Es verlangt, neue Bündnisse über die üblichen Ressortgrenzen hinweg zu schaffen, um die Lebenssituation der in den Stadtteilen wohnenden Menschen zu verbessern. Darüber hinaus ist es erforderlich, Maßnahmen der Stadterneuerung mit Maßnahmen der Qualifizierung und Beschäftigung zu kombinieren und ebenso Maßnahmen des Wohnungsbaus, der lokalen Wirtschaftsentwicklung, der Weiterbildung, der Gesundheitsförderung sowie der Kinder- und Jugendpolitik gezielt in den Erneuerungsprozess vor Ort einzubinden.

Lukas Siebenkotten: Die Zukunft kann nur in der integrierten Stadtentwicklung liegen. So müssen etwa Bebauungspläne nicht nur im formalisierten Verfahren nach dem Baugesetzbuch abgestimmt werden, sondern es bedarf eines vorherigen breiten Dialoges der Bürgermeister und Kommunalpolitiker mit den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern. Die Zivilgesellschaft muss viel stärker als bisher in Planungen einbezogen werden. Es darf kein Sport der Kommunen bleiben, Auslegungsfristen für Bebauungspläne bewusst in die Sommerferien zu legen, damit sich nur ja keiner meldet. Bürgerinnen und Bürger fordern die direkte Partizipation, die über die Wahl kommunaler Vertreter hinausgeht, seit Jahren ein und haben damit zunehmend Erfolg. Eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft bedarf des vernünftigen Interessenausgleichs und einer Planung, die unterschiedliche Bevölkerungsschichten und Wohnraum verschiedener Qualitäts- und Preisklassen im selben Stadtviertel ermöglicht.

Frage 5: Ein Dauerbrenner ist derzeit die Forderung nach mehr Partizipation der Bürger an Themen der Stadtentwicklung. Wie können aus Ihrer Sicht Bewohnerinnen und Bewohner nicht nur an der Gestaltung ihres unmittelbaren Wohnumfeldes, sondern auch an der Diskussion von übergreifenden, vielleicht gesamtstädtischen Projekten einbezogen werden?

Brigitte Döcker: Leider sind wir hierbei immer noch am Anfang. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich direkt angesprochen fühlen, müssen umfassend über die Vorhaben informiert und aufgeklärt werden, wie Beteiligung möglich ist. Ihnen muss verdeutlicht werden, was Partizipation für sie selbst und für die Gemeinschaft bedeutet und bewirken kann! Wir brauchen gelungene Beispiele von Bürgerbeteiligung und deren Veröffentlichung und Verbreitung. Vorhaben sind in kleinen Schritten, überschaubar und nachvollziehbar zu entwickeln. Neben klassischen Methoden der Bürgerbeteiligung sind auch bedarfsgerechte, neue Beteiligungsformen aus dem Bereich der neuen Medien anzubieten.

Folkert Kiepe: Das Thema der Partizipation an zentralen Projekten der Stadtentwicklung hat in der Tat Hochkonjunktur.



Seit den Protesten gegen das Großprojekt Stuttgart 21 wird verstärkt diskutiert, was falsch läuft mit der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Planung insbesondere von städtischen Entwicklungsprojekten, die das Gesicht der Städte oder ihrer Vororte maßgeblich verändern und oft massive Eingriffe in Natur und Landschaft bedeuten. Oft wird dabei allerdings nicht zwischen kommunaler Bauleitplanung und staatlicher Fachplanung differenziert. Planung eröffnet zwar generell Entwicklungschancen, schränkt aber auch häufig den Handlungsspielraum der Bürgerinnen und Bürger ein. Insofern bilden sich in den von den Städten verfolgten Planungsstrategien und Entwicklungskonzepten auch die Kräfteverhältnisse der örtlichen Bürger- und Lobbygruppen ab. Offensichtlich hat jedoch ein zunehmender Teil der Menschen in den Städten und Gemeinden den Eindruck, dass Entscheidungen, die ihre Lebensumwelt betreffen, über ihre Köpfe hinweg getroffen werden und die Interessen der weniger durchsetzungsfähigen Gruppierungen unter den Tisch fallen. Aber auch hier lohnt ein Blick auf die in den Quartieren der „Sozialen Stadt“ gemachten Erfahrungen bei der Bewohneraktivierung und -beteiligung. Über die Projekte der „Sozialen Stadt“ konnte nämlich erhebliches bürgerschaftliches Engagement aktiviert und die Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure für das Gemeinwohl in den Quartieren gestärkt werden. In vielen Stadtteilen bieten nachbarschaftliche und soziale Netzwerke die Chance, sich am gemeinschaftlichen Leben in der Kommune zu beteiligen. Für die Abstimmung und Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten und Initiativen spielt dabei das Quartiersmanagement als koordinierende Stelle eine entscheidende Rolle, indem es die Aufgabe der Bewohneraktivierung, Stadtteilkoordination, Projektinitiierung, Mittelakquisition, Öffentlichkeitsarbeit und Erfolgskontrolle übernimmt. Es ist „antreibende Kraft“ vor Ort. Von zentraler Bedeutung ist die Aktivierung der Bewohnerinnen und Bewohner, vor allem bisher schwer erreichbarer Gruppen, in „Stadtteilkonferenzen“, „Runden Tischen“, „Quartiersforen“ oder ähnlichen Kooperationsformen auf Stadtteilebene. Das Quartiersmanagement ist zumeist für alle Interessierten räumlich und zeitlich gut erreichbar und bietet z. B. Beratung im Sinne von „Hilfe zur Selbsthilfe“ an. So kann es gelingen, über vielfältige Aktionen die örtliche Bevölkerung zu motivieren, eigene Ideen und Leistungen in die Quartierserneuerung einzubringen und Eigenverantwortung zu übernehmen. Gerade in Zeiten, in denen bürgerschaftliches Engagement und Integration gefördert werden soll und muss, sind

der Aufbau und der Erhalt von tragfähigen Strukturen, welche Selbsthilfe und eine teilhabeorientierte Bürgergesellschaft stützen, unabdingbar. Auch vor diesem Hintergrund hätte ein Zurückfahren des Programms „Soziale Stadt“ und der mit ihm verbundenen Strategien einer integrierten Stadtentwicklungspolitik fatale Folgen für die Städte und ihre Bewohner in den Quartieren.

Lukas Siebenkotten: Die Partizipation ist bei übergreifenden Projekten wesentlich schwerer zu organisieren als bei solchen, die nur das unmittelbare Wohnumfeld bzw. das Stadtviertel betreffen. Bürger selbst können dies über Bürgerbegehren, die es in den Kommunalverfassungen der Bundesländer in unterschiedlicher Weise gibt, anstoßen. Stadtverwaltungen müssen breit über die Vorhaben informieren und durchaus auch den Mut besitzen, Bürgerversammlungen zu wichtigen gesamtstädtischen Projekten selbst einzuberufen. Im Übrigen täten mehr Elemente der direkten Demokratie, also der unmittelbaren Abstimmung der Bürger über bestimmte Vorhaben gut. Allerdings darf man dieses Instrument auch nicht überschätzen, weil schon die Gefahr besteht, dass sich nur 10 – 25% der Bevölkerung, also die wirklich an ihrer Stadt und deren Planung Interessierten, daran beteiligen. Aber besser 20% als das Gefühl, es sei über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden worden.

**Herausgeber und Redaktion
wünschen einen guten Start ins
neue Jahr 2012**

**Und
mehr
Nüsse**

